lich hohen Diskont. Durchaus falsch werde auch die Unterbringung ausländischer Werte auf deutschen Märkten beurteilt. Gerade in Kriegszeiten stelle sich der Vorteil eines starken Besitzes solcher Werte heraus, indem dann auf die allereinfachste Weise Barmittel durch Rückverkäufe der ausländischen Effekten beschafft werden könnten. Viel bleibe uns freilich für Anschaffung ausländischer Werte nicht übrig, denn unsere stark steigende Bevölkerung zwinge uns alljährlich starke Ausgaben auf für Wohnungsbauten, Verkehrsanlagen und — vor allem auch für ausländische Brotgetreideeinfuhr. Auch sei alles teuerer geworden. Kein Wunder, wenn das alles auf unseren Geldmarkt zurückwirke. Dagegen, daß Reichsbanknoten als gesetzliches Zahlungsmittel gebraucht würden, hätten seine Freunde nichts; denn Banknoten seien als Zahlungsmittel immer noch besser als Silber. Notwendig sei vor allem eine ganz andere Ausdehnung des Scheckverkehrs, und mehr noch eine andere Ausgestaltung des Abrechnungsverkehrs. — Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen. — Es folgt die Interpellation Seyda (Pole), betreffend die Enteignungsvorlage in Preußen. — Staatssekretär Nieberding erklärt: Die in der Interpellation erwähnten Maßnahmen gehörten laut Artikel 9 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, und laut Reichsverfassung der Zuständigkeit der Landesgesetzgebung. Der Reichskanzler lehne daher die Beantwortung der Interpellation ab. — Auf Antrag des Abg. Korfanty wird die Besprechung der Interpellation beschlossen. — Abg. Seyda (Pole): In unserer Heimat soll etwas Unmenschliches geschehen (Hört, hört.). Die Enteignungsvorlage hat eine traurige Berühmtheit in der ganzen Welt. Es ist eine Mißachtung des Reichstags, daß der Reichskanzler die Antwort ablehnt. Jene Vorlage ist ein Angriff auf die geheiligten Rechte der Polen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Mit der preußischen Verfassung ist sie unvereinbar und ebenso mit der Reichsverfassung, mit den Reichsgesetzen. Die Enteignungsvorlage ist der schwerste Rechtsbruch, den man sich vorstellen kann. Redner kündigt schließlich eine entsprechende Resolution zum Etat an. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Polen.) — Abg. Graf v. Hompesch (Zentr.) beschränkt sich darauf, im Wortlaut die Erklärung zu verlesen, in der das Zentrum schon im Abgeordnetenhaus zu der Enteignungsvorlage Stellung genommen hat, sie sei ein Verstoß gegen die Unverletzlichkeit des Eigentums. Sie sei ein Schritt zum sozialistischen Staat und sie fördere nicht die Versöhnung, sondern die Verschärfung der Gegensätze. — Abg. Gersdorf (kons.) erklärt kurz, daß der Gegenstand der Interpellation nicht zur Zuständigkeit des Reichstages gehöre. Seine Fraktion weise eine solche Einmischung in innerpreußische Angelegenheiten zurück und werde sich nicht an der Debatte beteiligen. (Lachen im Zentrum und bei den Polen.) — Abg. v. Gamp (Reichsp.) gibt namens seiner Freunde eine gleiche Erklärung ab. (Erneutes Lachen.) — Abg. Sieg (natl.) erklärt namens seiner Fraktion, die Erklärung, die der Staatssekretär Nieberding abgegeben habe, sei durchaus richtig. Redner erinnert dann daran, wie Herr v. Koscielski, der vor 20 Jahren in Berlin persona grata war, jetzt in Lemberg von der Errichtung eines polnischen Reiches gesprochen habe. (Zuruf: In der Weinlaune!) Nun, inzwischen hätte er aber doch Zeit gehabt, nüchtern zu werden. (Stürmische Heiterkeit.) — Schluß der Sitzung 5¾ Uhr. — Weiterberatung morgen 1 Uhr: vorher dritte Lesungen der Literatur-Konventionen mit Belgien und Italien, sowie Handelsvertrag mit Montenegro.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für das Vereinsgesetz begann heute ihre Beratungen. § 1 des Regierungsentwurfs lautet: Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die dem Strafgesetz nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vereinig.) beantragte folgende Fassung: „Die Vereins- und Versammlungsfreiheit untersteht nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind. Vereine und Versammlungen, deren Zweck dem Strafgesetze zuwiderläuft, sind verboten.“ Die Sozialdemokraten beantragten in erster Linie die volle Freiheit der Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen und Bildung von Vereinen ohne Pflicht zur Anmeldung oder Einholung einer Erlaubnis. Nur für Versammlungen unter freiem Himmel soll eine sechsstündige Anmeldefrist vorgeschrieben sein. Die Einschränkung, daß die Zwecke dem Strafgesetze nicht zuwiderlaufen dürfen, fehlt im sozialdemokratischen Antrage. Ein Eventualantrag will ausschließlich die Beschränkung des Reichsgesetzes für Vereine und Versammlungen aller Art gelten lassen. Alle landesrechtlichen Gesetze sollen aufgehoben und untersagt und behördliche Anordnungen aller Art nur nach Maßgabe des Reichsrechts zulässig sein. Ein besonderer Antrag, veranlaßt durch die bekannten neueren Verbote gegenüber den Arbeiterbildungsschulen, stellt den Vereinen und Versammlungen belehrende und religiöse Vorträge, sowie Vereinigungen und Zusammenkünfte zum Zwecke körperlicher Ausbildung gleich. Abg. Heine (Soz.) wendete sich besonders scharf gegen die landesrechtlichen Präventivverbote und überschüttete die sächsische Minderjährigen-Bestimmung mit abfälligen Bemerkungen. Das Zentrum beantragte folgende Fassung des § 1: „Jedermann hat das Recht, zu Zwecken, die dem Strafgesetze nicht zuwiderlaufen, in Gemeinschaft mit anderen Vereine zu bilden und sich zu versammeln.“ Dadurch wird auch das Recht der Ausländer gewahrt. Die Konservativen beantragten Zusätze zu § 1 des Regierungsentwurfs und ein Verbot der Teilnahme von Jugendlichen, und zwar mit der Altersgrenze von 20 Jahren, an Vereinen und Versammlungen zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten oder deren Erörterung, sowie der Teilnahme von Frauen an Wahlversammlungen auszusprechen. Die Reichspartei beantragte bei den Jugendlichen eine Altersgrenze von 18 Jahren. Abg. Dr. Junck (natl.) erklärte, die nationalliberalen Mitglieder der Kommission hätten deshalb noch keine Anträge zu § 1 gestellt, weil sie die Ausführungen der Regierungsvertreter dazu abwarten wollten. Dr. Junck sprach sich gegen die Beschränkung der Frauen aus, erklärte die Altersgrenze von 20 Jahren, die noch über das Strafalter hinausgehe, für unannehmbar, hielt aber eine Verständigung für möglich und erörterte das Recht der Ausländer auf Grund des § 1. Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Junck will Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg in der nächsten Sitzung eine schriftliche Erklärung abgeben. Heute betonte er in engeren Ausführungen, daß eine Garantie des Vereinsrechts für Ausländer sehr bedenklich sei und sich in keinem Vereinsrecht finde. Auch sonst würden in der Reichsgesetzgebung Ausländern Rechte nicht garantiert, nach internationalem Gebrauche werden sie in Gegenseitigkeitsverträgen geregelt. Zum Referenten wurde Dr. Junck (nl.) gewählt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Börsenkommission des Reichstags nahm heute ihre Beratungen auf. Von einer allgemeinen Besprechung wurde abgesehen. Erörtert wurde u. a. die Frage der Zulassung von Reichs- und Staatsanleihen; doch kam diese Erörterung nicht zum Abschluß.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus führte heute die erste Lesung des Etats zu Ende. An der Debatte beteiligten sich noch Abg. Dr. Pachnicke (freis. Ver.), der den Freisinn gegen den Verdacht verteidigte, um der Freundschaft der Regierung willen seine Grundsätze zu verleugnen; v. Arnim-Züsedom (kons.), der hervorhob, daß die neuen Handelsverträge keinen Rückgang, sondern eine fast beispiellose Besserung des Wirtschaftslebens gebracht haben; v. Wonna (freikons.), der sich gegen die Forderung des Zentrums auf Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die Landarbeiter und die Ueberfülle an Polizeiverordnungen wandte; Macco (natl.), der für eine Vermehrung der Verkehrsmittel im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes plaidierte; Graf Praschma (Zentr.), der erklärte, das Zentrum werde sich aus der Mitarbeit an der Verwaltung der Volksgeschicke nicht ausschalten lassen, und Götzling (freis. Volksp.), der namentlich die Zivilprozeß- und Gebührennovelle kritisierte. Die wichtigeren Teile des Etats wurden an die Kommission zur Vorberatung überwiesen. Morgen Polenvorlage.

Prozeß Peters-Bennigsen.

Köln. (Priv.-Tel.) Im weiteren Verlaufe der Verhandlung gina Justizrat Dr. Sello auf das Zeugnis des Herrn v. Bechmann ein, der beschworen habe, daß bei der Hinrichtung der Jagodja von sexuellen Motiven nie und nimmer die Rede gewesen sei, daß vielmehr Peters gegen die Hinrichtung stimmte, und daß Herr v. Bechmann und Jahnke es gewesen seien, die unter Hinweis auf die gefährliche Situation den Stationsleiter überstimmt hätten. v. Bechmann wolle dafür die Verantwortung übernehmen. Das gleiche habe auch Jahnke bekundet. Dr. Sello beantragte schließlich, den Angeklagten v. Bennigsen, der sich mit männlichem Mute als Verfasser des Artikels bezeichnet habe, gemäß § 186 des Strafgesetzbuches zu bestrafen. Mildernd komme in Betracht, daß v. Bennigsen nach seiner Angabe bei der Abfassung des Artikels von dem Inhalte des Smithies-Briefes keine Kenntnis gehabt habe. Auch der Angeklagte Redakteur Brückmann sei zu bestrafen, weil hier nicht § 21 des Preßgesetzes anzuwenden sei, wonach der verantwortliche Redakteur straffrei bleibe, wenn er den Verfasser nennt, sondern der § 20. Hierauf wurde die Verhandlung bis ½4 Uhr nachmittags vertagt.

Köln. (Priv.-Tel.) In seinem Plaidoyer sagte Justizrat Dr. Sello u. a.: Herr v. Bennigsen selbst hat seinen Artikel an die „Köln. Ztg.“ als verhängnisvoll bezeichnet. Verhängnisvoll war er deshalb vor allem, weil es sich um die „Köln. Ztg.“ handelte, auf die wir als deutsches einflußreiches Blatt stolz sein können, auf ein Blatt, das zu jenen gehört, die als Geschichtsquelle benützt werden und auch im Auslande eine bedeutende Rolle spielen. Herr von Bennigsen hätte wissen müssen, daß, wenn ein Mann wie Dr. Peters sein Ehrenwort im Reichstage gibt, man das nicht ohne weiteres unbeachtet läßt. Er gibt an, in dem Augenblick, als er dies schrieb, nichts davon gewußt zu haben. Aber ich meine, man verdächtigt nicht ohne weiteres einen Mann, der die gleichen Ziele anstrebt, zum mindesten hätte er vorher doch eingehende Ermittlungen anstellen müssen, und in seiner Stellung wäre es ihm doch nicht schwer geworden, die Wahrheit zu erfahren. Es ist Dr. Peters ein schwerer Vorwurf von Verfehlungen in sittlicher Beziehung gemacht worden. Das fällt erschwerend bei der Strafabmessung ins Gewicht. Nun hat ja der Redakteur den Verfasser genannt. Es ist aber klar, daß der Redakteur nicht darum straffrei ist. Strafmildernd ist für beide Angeklagte, daß sie im guten Glauben gehandelt haben. Mein Urteil über die Motive des Herrn von Bennigsen hat sich im Laufe der Verhandlung wesentlich zu seinen gunsten verbessert. Aber die Beleidigungen richten sich gegen einen Mann, der in der Geschichte der Nachwelt noch leben wird, und deshalb ist es unsere Pflicht, seinen Namen zu reinigen von Beschimpfungen, von üblen Nachreden unwahrer Natur. Dr. Peters teilt das Schicksal aller großen Entdecker. Christoph Columbus wurde ins Gefängnis geworfen und mußte elend verhungern. Dr. Peters mußte es erleben, daß der Pöbel einer deutschen Stadt, in der er sein Recht sucht, ihn beschimpft und verhöhnt. Er mußte es mit ansehen, daß in einem deutschen Gerichtssaale, wo der Friede und das Recht walten soll, der Verteidiger angespuckt und beschimpft wird. So geschehen in Köln, am 15. Januar 1908. (Der Verteidiger bricht bei diesen Worten in Tränen aus, und schließt mit folgenden Ausführungen): Das Urteil der Geschichte wird den Verdiensten des Dr. Peters gerecht werden, von dem Urteil des Gerichtshofs erwarte ich dasselbe.

Die Lage in Marokko.

Tanger. El Marani soll nach einem hier umlaufenden Gerüchte die Wiederherstellung des Sultanats Abdul Aziz' in Fez durch einen Handstreich versucht haben; die Ausführung soll aber infolge Verrats durch den Kaid der Scharagga mißlungen sein.

Tanger. Das Fest Aidelkebir ging vollkommen ruhig vorüber. Das im Namen von Abdul Aziz gesprochene Gebet wurde heute mit einer Artilleriesalve begrüßt. Ein Vorbeimarsch der Truppen beendete das Fest.

Casablanca. Der Panzerkreuzer „Kléber“ kam am 12. Januar hier an. Er stand während des ganzen Tages durch drahtlose Telegraphie mit dem Eiffelturme in Verbindung, die ausgezeichnet funktionierte. Der Kreuzer bringt Personen und Material für die Einrichtung von Stationen mit drahtloser Telegraphie an verschiedenen Punkten. — Dar-der-Reschid ist heute früh ohne Kampf besetzt worden.

Madrid. „Imparcial“ richtet an den Ministerpräsidenten Maura die Aufforderung, dem Lande klar und deutlich mitzuteilen, welcher Art die Mission sei, die Spanien in Marokko zu erfüllen habe, welche Opfer es werde bringen müssen und welchen Nutzen es davon haben werde. Anderseits schreibt „Imparcial“, daß bei der gestrigen Zusammenkunft von Pichon, Maura und Allen de Salazar ein neues Abkommen nicht abgeschlossen sei. Angesichts der gegenwärtigen außergewöhnlichen Lage in Marokko wird die Regierung sich abwartend verhalten entsprechend ihrer seither beobachteten Politik.

Zu der Brandkatastrophe in Boyertown.

London. (Priv.-Tel.) Ueber die Brandkatastrophe in Boyertown wird noch gemeldet: Ungefähr 500 Menschen füllten den Theaterraum, und nur ein verschwindend kleiner Bruchteil von ihnen kam unverletzt davon. Gespielt wurde ein mehraktiges historisches Stück. Während des Szenenwechsels wurden kinematographische Bilder vorgeführt. Die Explosion des Apparats erfolgte nach dem zweiten Akt. Die Schauspieler konnten sich rechtzeitig durch den Bühnenausgang in Sicherheit bringen. Die Zuschauer, die unten im Saale die ersten Reihen innehatten, kletterten auf die Bühne, um sich ebenfalls von dort aus zu retten. In der wilden Hast zerschlugen und warfen sie die primitiven Rampenlämpchen um, und im Nu stand nun auch der Bühnenraum in Flammen. Verzweifelt eilten die Leute wieder in den Saal zurück, und alles stürmte zu den schmalen Ausgängen im Hintergrunde. Frauen und Kinder wurden dabei niedergestoßen, und ihre Körper lagen am Haupteingange vier und fünf Fuß hoch übereinander. Das Publikum von den Balkons und Galerieplätzen stürmte beim ersten Feueralarm den Treppen zu, die ebenfalls in kurzer Zeit so mit Menschenleibern überbaut waren, daß den Nachdrängenden dadurch der Weg versperrt wurde. Dutzende von Männern und Frauen sprangen aus den Galeriefenstern herab auf die Straße. Viele kamen bei dem Sturze um oder wurden schwer verletzt. Eine Frau mit drei kleinen Kindern schleuderte ihren vierjährigen Jungen durch das Fenster; er war sofort tot. Die Menge rief ihr zu, die anderen Kinder nicht hinunterzuwerfen. So kauerte sie mit den übrigen Kindern am Fensterrahmen, bis alle viere im Rauche erstickten.

Berlin. Gouverneur v. Schuckmann meldet unterm 13. d. Mts. aus Deutsch-Südwestafrika: Der Bondel Kleinjakobus ist mit 11 Mann und 4 Gewehren aus dem Bondel-Reservat entwichen. Er hat am 3. Januar die Farm Außenkehr am unteren Oranje, etwa 100 Kilometer westlich Warmbads, beraubt, und das dort stehende Vieh abgetrieben. Die Räuber werden durch Patrouillen verfolgt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Zentralvorstand der freisinnigen Vereinigung wird einem heute gefaßten Beschlusse zufolge am nächsten Sonntage zusammentreten und dann eine außerordentliche Delegiertenversammlung einberufen, die über die durch Fürst Bülows Absage geschaffene Lage beraten soll.

Berlin. (Priv.-Tel.) Für die am 20. April in Lissabon zusammentretende Internationale Telegraphen-Konferenz sind als deutsche Vertreter in Aussicht genommen: Unterstaatssekretär im Reichspostamt Sydow, Geheimer Oberpostrat Köhler und der bayrische Oberpostrat Probst.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nicht die Hochseeflotte, sondern nur der Kreuzerverband wird, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, im Februar eine dreiwöchige Uebungsreise im Nordatlantic machen und dabei einen nordspanischen Hafen anlaufen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu den sozialdemokratischen Demonstrationen wird berichtet, daß zu dem gestrigen Extra-Kabiabende von den etwa 600 Kabistellen der acht sozialdemokratischen Organisationen von Groß-Berlin ungefähr die Hälfte der organisierten Genossen, also weit mehr als gewöhnlich, erschienen. Es wurde beschlossen, daß von weiteren Demonstrationen vorläufig Abstand genommen werden solle, die nächste würde wahrscheinlich erst am Sonntag, den 15. März, stattfinden. Zunächst beabsichtigt man eine lebhafte Agitation in Arbeitslosen-Versammlungen. Wie weiter berichtet wird, wird gegen die eine Hälfte der am Sonntag verhafteten 106 Personen wegen Uebertretung eines Polizeiverbots, gegen die andere Hälfte aber wegen Landfriedensbruchs Anklage erhoben.

Berlin. (Amtliche Meldung.) Newyork meldet: Alle Zeitungen in und bei Chicago wiederhergestellt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Beim Amtsgericht Berlin-Mitte fand heute morgen die erste Versammlung der Gläubiger im Konkurs Eberbach statt. Die Dividende, die noch aus der Masse herauszuholen ist, wurde vom Konkursverwalter Klein in der Minimalhöhe von ein Drittel Prozent in Aussicht gestellt. Nach Abzug der Konkurs-, Gerichts- und Verwaltungskosten bleiben 24 000 Mark zur Verteilung auf die ungedeckten vorrechtslosen Forderungen von 7 206 683 Mark.

Chemnitz (Sachsen). (Priv.-Tel.) Der durch die Berufung des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Beck zum Kultusminister erledigte hiesige Oberbürgermeisterposten wird nicht ausgeschrieben. Es wird beabsichtigt, zum Oberbürgermeister den bisherigen zweiten Bürgermeister Dr. Sturm zu wählen. Die Wahl findet am Donnerstag statt.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Chef des Admiralstabs der Marine, Admiral Büchsel, hat seinen Abschied eingereicht. Sein Nachfolger wird Admiral v. Baudissin.

Elberfeld. (Priv.-Tel.) Als heute vormittag Arbeiter des Elektrizitätswerks die angefrorenen Kanaldeckel in der Bahnhofstraße aufzutauen versuchten, erfolgte eine gewaltige Gasexplosion, die eine größere Anzahl Deckel im weiten Umkreise hinausschleuderte und Hunderte von Fensterscheiben bis in die obersten Stockwerke zertrümmerte. Mehrere Personen wurden verletzt.

Oldenburg. (Priv.-Tel.) Ueber das Befinden des Großherzogs von Oldenburg, der seit einigen Tagen an Influenza erkrankt ist, und auch dem Hofballe am Freitag nicht beiwohnen konnte, ist heute folgendes Bulletin herausgegeben worden: „Der Großherzog leidet seit dem 9. d. M. an den Folgen eines Influenzaanfalles. Er fühlt sich noch sehr matt und angegriffen und wird heute zum ersten Male das Bett verlassen.“

Wien. Der diesjährige Grillparzer-Preis wurde vom Preisgericht einstimmig Arthur Schnitzler für seine Komödie „Zwischenspiel“ zuerkannt.

Rom. Der preußische Gesandte am Vatikan v. Mühlberg wurde heute vom Papste in feierlicher Audienz empfangen. In seiner Ansprache betonte der Gesandte den Wert, den seine Regierung auf gute Beziehungen zur Kurie lege und drückte die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, diese zu erhalten und zu fördern. Nach einer längeren Unterhaltung des Papstes mit dem Gesandten endete die Audienz.

Rom. (Priv.-Tel.) Senatspräsident Canonico, der Vorsitzende im Nasi-Prozeß, erlitt gestern einen Schlaganfall, der auf die Anstrengungen des Prozesses zurückgeführt wird.

Paris. Das lenkbare Luftschiff „Ville de Paris“ hat heute vormittag 9¾ Uhr die Fahrt nach Verdun angetreten. Es wurde um 1¼ Uhr nachmittags über Montmirail, Departement Marne, gesichtet.

Paris. Heute mittag verließen die Ordensschwestern das Krankenhaus Hotel des cieux unter Sympathiekundgebungen einer großen Volksmenge. Wiederholt wurden die Pferde der Wagen ausgespannt, die die Schwestern nach Notre Dame du bon coeur überführten. Die Polizei mußte einschreiten. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Bern. (Priv.-Tel.) In St. Moritz errang beim Bobsleigh-Rennen den ersten Preis Hans Wiedmer aus Zürich zusammen mit dem Kronprinzen von Dänemark; den zweiten Preis Prinz Heinrich von Reuß, den vierten Preis der deutsche Kronprinz, der seinen Bobsleigh selbst steuerte. Es starteten insgesamt 20 Schlitten.

Bern. (Priv.-Tel.) Der Bundesanwalt wird den Schweizer Hochschulen gemeinsame Polizeimaßregeln gegenüber den russischen Studenten vorschlagen. Bei der gerichtlichen Untersuchung in Lausanne gegen die dortigen russischen Revolutionäre hat sich herausgestellt, daß manche russischen Studenten keinerlei Ausweispapiere hinterlegt haben.

Brüssel. (Priv.-Tel.) In einem Anfalle von Fieberwahnsinn stürzte sich in Lüttich Baron Mossarts, der als Anwärter für den kürzlich erledigten Gouverneurposten der Provinz Lüttich viel genannt wurde, aus dem Fenster und erlag gestern abend seinen Verletzungen. — In Charleroi erregt der Selbstmord des Hauptmanns Gilliaux vom 1. Jäger-Regiment großes Aufsehen. In einem Briefe gibt er an, er sei ein Opfer der grausamen militärischen Vorschrift, die ihm nicht gestatte, ein vermögensloses Mädchen zu heiraten, das er liebe.

London. (Priv.-Tel.) Der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle“ ist in der Lage zu melden, daß Deutschland weder allein, noch in Verbindung mit anderen Mächten Schritte unternommen habe, den status quo in der Ostsee zu ändern. Der Gedanke, die Ostsee zu einem Mare clausum zu machen, sei seitens des Auswärtigen Amtes niemals, als im Bereiche praktischer Politik liegend, in Erwägung gezogen worden. Unrichtig sei auch, daß England, Rußland und Schweden ohne Deutschland mit Ostsee-Verhandlungen beschäftigt seien. Bei Beratung über diese Fragen müßten alle geographisch interessierten Länder eventuell beteiligt werden. Dänemark würde dabei leitende Stimme haben.

Stockholm. Die beiden Kammern des Reichstags sind heute unter dem Vorsitz der vom König wiederernannten bisherigen Präsidenten zusammengetreten. In beiden Kammern hielten die Präsidenten Gedächtnisreden auf König Oskar.

Konstantinopel. Wie die amtliche Untersuchung über das am 10. Januar im patriarchistischen Dorfe Dragoklaresse veranstaltete Blutbad ergeben hat, hatte eine bulgarische Bande fünf Häuser angezündet. 24 Personen, davon 10 Kinder, sind in den Flammen umgekommen oder ermordet worden. Außerdem wird eine Person vermißt und eine wurde entführt. In Ramme, Sandschak Seres, wurde vorgestern eine sechsköpfige bulgarische Bande unter Joachim Gjorgjeff vernichtet.

(Nachts eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Köln, 15. Januar. Die Deutz-Kalker Volksbank, eingeschriebene Gesellschaft m. b. H. in Köln-Deutz, hat heute vormittag den Konkurs angemeldet.